

Abzocker und wohlmeinende Politiker haben die Wirtschaftskrise verursacht, nicht eine überbordende Marktwirtschaft, wie es Sozialdemokraten in allen Parteien, Medien und Gesellschaftsschichten gerne behaupten. Heilung ist nur möglich, wenn wir die Staatsgläubigkeit aufgeben. Wir haben uns an die Krise der Weltwirtschaft gewöhnt, wie man sich an einen chronischen Schmerz gewöhnt. Über die Ursachen wissen wir sehr wenig - und ich fürchte, den Politikern, die sich uns täglich als Ärzte präsentieren, geht es nicht anders. Ihr Aktionismus hat die Krise nicht in den Griff bekommen, was allerdings nicht weiter erstaunlich ist. Denn wer die Diagnose nicht kennt, wird zwangsläufig das falsche Mittel verschreiben. In der Symptombehandlung waren die Politiker Teil der Lösung; in der Ursachenbekämpfung sind sie Teil des Problems geworden.

**Die Sozialdemokratisierung der CDU.** Eine wichtige Lektion, die wir aus der globalen Erkrankung ziehen müssen, lautet: Es war nicht die Marktwirtschaft, die versagt hat, so dass nun eine weitere Einmischung des Staates nötig wäre - sondern es war im Gegenteil der Mangel an marktwirtschaftlichen Regeln, der das Desaster erst ermöglicht hat. Die meisten toxischen Papiere, die auf verschlungenen Wegen von den USA nach Deutschland kamen, fand man in den Tresoren unserer staatlich kontrollierten Banken. Gerade jetzt sollten wir auf die altbewährten Rezepte setzen, bei denen sich Fürsorge für die Gesellschaft und Freiheit des Einzelnen die Waage halten. Wir dürfen nicht mit der Verbreitung des «Neosozialismus» fortfahren, der mit der Sozialdemokratisierung der CDU/CSU einen wichtigen Etappensieg errungen hat, sondern müssen stattdessen zur Erhardschen Marktwirtschaft zurückkehren - und weil es tatsächlich ein «Zurück» ist, nicht zum längst Überholten, sondern zum lange Bewährten, möchte ich dafür den Begriff «Retroliberalismus» prägen. Wir brauchen eine retroliberale Wende. Wer mit «retro» etwas Altmodisches assoziiert, den erinnere ich daran, dass sich auf dem Gebiet des Designs - ob von Autos, Segelbooten oder Haushaltsgeräten - seit Jahren eine neue Begeisterung für alte Eleganz und Handwerkskunst durchgesetzt hat. Und in Erhards Marktwirtschaft drückt sich das perfekte Handwerk einer erfolgreich geführten Volkswirtschaft aus. Nur in diesem «Zurück» sehe ich unsere Zukunft. Bei fast allen Diskussionen und Talkshow-Veranstaltungen der letzten Jahre ist mir aufgefallen, dass allgemein davon ausgegangen wird, wir lebten in einer kapitalistischen Gesellschaft, die «neoliberalen» Prinzipien folgt. In Wahrheit wird unser angeblicher Kapitalismus und «Neoliberalismus» nur deshalb unablässig im Munde geführt, weil man den Bürgern damit die zentralistische Staatswirtschaft schmackhaft machen will, die immer mehr um sich greift: wozu noch Freiheit, wenn Vater Staat für alles und alle sorgt? Bedrückend wirkt auf mich, dass sich nicht nur Politiker ihr Süppchen auf diesem Feuer kochen, sondern auch Feuilletonisten in sogenannten konservativen Blättern, wie der «FAZ», die es eigentlich besser wissen müssten, aber eben «den Trend nicht verpassen wollen». Auch anderen Medienvertretern kam die Finanzkrise gerade recht, um die alten absurden Vorwürfe, Deutschland werde von der Marktwirtschaft gleichsam ausgesogen, mit neuer Vehemenz und scheinbar überzeugenden Argumenten vorzutragen. Wahrer werden die alten «Wahrheiten» dadurch nicht. Tatsache ist: Der «Neoliberalismus» kann schon deshalb nicht für unsere Krise verantwortlich sein, weil es ihn in Deutschland gar nicht gegeben hat.

**Munter wachsende Blasen.** Der erste Schritt zur «Heilung» unserer beschädigten Volkswirtschaft besteht daher in einer nüchternen Bestandsaufnahme. Wir müssen uns klarmachen, was uns droht, wenn wir so staatsgläubig weiterwursteln wie bis anhin. Zuallererst müssen wir die munter wachsenden Blasen - die Beschäftigungsblase, die Sozialblase und die Schuldenblase - wahrnehmen, ihr Gefahrenpotenzial definieren und sie behutsam auf Normalmass zurückführen. Das wiederum kann nur durch entschlossene Reformen gelingen - auch in diesem Begriff ist ein «re», also ein «zurück» enthalten: Eine Reform ist wörtlich die Wiederherstellung (Re-Formierung) eines bewährten, aber in Vergessenheit geratenen oder verfallenen Zustands. Vielleicht sollte man sich das gerade heute wieder vor Augen führen, wo das Wort, auch wegen seines übermäßigen Gebrauchs in der Ära Schröder, einen geradezu unschicklichen Beiklang bekommen hat. In Wahrheit sind Reformen dringender denn je. Wir

dürfen nicht, nur weil das Wort «Reformen» zum Tabu geworden ist, den Fehler der Amerikaner wiederholen, die ihre Immobilienblase ignorierten, bis sie ihnen und uns um die Ohren flog. Ohne Wiederherstellung des einst funktionierenden, heute aber überregulierten Arbeitsmarktes sowie der einst angemessen proportionierten, heute aber ausgeferten sozialen Sicherungssysteme werden wir keine Besserung der Lage erreichen. Dass mit der schwarz-gelben Koalition die Weichen für eine wirtschaftspolitische Wende zum «Retroliberalismus» gestellt würden, ist leider höchst unwahrscheinlich. Zu sehr ist die Union von Politikern wie dem Sozialpopulisten Horst Seehofer, dem Arbeiterführer Jürgen Rüttgers und nicht zuletzt Angela Merkel selbst ins sozialdemokratische Fahrwasser bugsiert worden. Ein Journalist des «Sterns» brachte es in der Wahlnacht auf den Punkt: «Das wird eine sozialliberale Koalition!» Dass die neue Regierung unter diesen Voraussetzungen die richtigen Mittel gegen die Krise findet, bezweifle ich. Max Frischs Diktum, eine Krise sei immer ein produktiver Zustand, solange man ihm den Beigeschmack der Katastrophe nehme, bietet einen deutlichen Hinweis darauf, wie der Ausnahmesituation am besten zu begegnen ist - vorausgesetzt, so will ich hinzufügen, man bringt den Mut auf, die wirklichen Schwächen zu erkennen und aus der ehrlichen Bestandesaufnahme die richtigen Reparaturmassnahmen abzuleiten.

**Hans-Olaf Henkel** ist einer der Streitbarsten Köpfe Deutschlands. Er sitzt in vielen Verwaltungsräten (darunter Ringier) und war früher IBM-Europa-Chef sowie Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI).